



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

- a) Oberbürgermeisterin und Oberbürgermeister
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
Amsdirektorinnen und Amsdirektoren
der Mitglieder im Städte- und Gemeindebund Brandenburg
b) Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlicher Bürgermeister
Per E-Mail

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam

Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33

E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>

Datum: 2015-09-01
Aktenzeichen: 011-00

Auskunft erteilt: Jens Graf

Auftakt des öffentlichen Dialoges zum Leitbildentwurf des Ministers des Innern und für Kommunales mit einer Veranstaltung am 31. August 2015 in Brandenburg an der Havel

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einer Auftaktveranstaltung in Brandenburg an der Havel hat gestern der öffentliche Dialog zum Leitbildentwurf des Ministers des Innern und für Kommunales in Brandenburg begonnen. Mehr als 800 Menschen, darunter zahlreiche Abgeordnete des Landtages Brandenburg, waren in den am Rande der Stadt liegenden Stahlpalast gekommen. Die Landesregierung war neben Minister Schröter auch durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister der Finanzen Herrn Görke vertreten.

Minister erreichten Mehrheit der Zuhörer nicht

Den Ministern Schröter und Görke gelang es nicht, mit ihren Argumenten einen Großteil der Zuhörer zu erreichen und von der Notwendigkeit der Einkreisung der kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und Cottbus zu überzeugen. Eine Verwaltungsstrukturreform begründeten die Minister mit der zurückgehenden Bevölkerung und sinkenden Einnahmen des Landes aus dem auslaufenden Solidarpakt und der rückläufigen EU-Förderung. Den drei kreisfreien Städten hielten die Minister ihre vermeintliche Handlungsunfähigkeit wegen ihrer hohen Kassenkredite vor. Ziel der Einkreisung sei es, wieder Mittel für freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe freizumachen. In einem vergrößerten Landkreis könnten die hohen Sozialkosten besser verteilt werden. Gemeint ist damit offenbar, dass die kreisfreien Städte umgebenden kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage einen Teil der Kosten zukünftig mit übernehmen.

Schröter: Kosteneinsparung durch Personalabbau ein zentrales Reformziel

Als ein zentrales Reformziel stellte der Minister des Innern den effektiveren Personaleinsatz immer wieder heraus. Größere Landkreise kämen mit weniger Personal aus als kleinere. Verwaltungsakte könnten schneller und rechtssicherer erteilt werden. Damit könnten beträchtliche Mittel eingespart werden. Der Personalabbau könne jetzt auch sozial verträglich erfolgen. Viele starke Jahrgänge gingen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Die Deutlichkeit dieser Aussage ist insoweit bemerkenswert, als dass die Landesregierung bislang die Einsparung von Verwaltungskosten nicht als zentrales Reformziel herausgestellt hatte (vergleiche zum Beispiel die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 6/2192).

Görke: Teilentschuldung zur Hälfte aus Finanzausgleich bezahlen

Minister Görke bestätigte im Grundsatz auch einen Bericht der Märkischen Allgemeinen Zeitung, wonach die Teilentschuldung hoch verschuldeter Kommunen durch einen Betrag von etwa 400 Millionen Euro finanziert werden soll. Die Hälfte dieser Mittel wolle das Land aus seiner Rücklage bereitstellen. Die übrigen 200 Millionen sollten „solidarisch“ aus dem kommunalen Finanzausgleich genommen werden. Einzelheiten würden derzeit von den Koalitionspartnern noch diskutiert. Die Rücklage sei dem Personalabbau der letzten Jahre geschuldet.

Streit über Gutachten

Weite Teile der Diskussion waren von einem Streit über die Interpretation der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten geprägt. Die Vertreter der Landesregierung meinten, ihnen sei eine auskömmliche Kommunalfinanzierung attestiert worden. Vertreter kreisfreier Städte machten darauf aufmerksam, dass darin ihre angespannte Finanzlage auf die hohen Soziallasten zurückgeführt werde, für die das Land schließlich nach dem strikten Konnexitätsprinzip einzustehen habe. Die Gutachten hätten auch eine Erhöhung der Hauptansatzstaffel in Rede gebracht. Tiemann sagte, wenn man die vorenthaltenen Mittel über die Jahre addiere, käme man auf einen Betrag, der der Höhe der Kassenkredite in etwa entspreche. Aus dem Auditorium wurde bemängelt, dass von der Landesregierung nicht vorgetragen worden sei, auf was die hohen Kassenkredite der kreisfreien Städte zurückzuführen seien.

Viele Fragen zu Reformzielen und -folgen

Aus der Bürgerschaft wurden speziell auch vor dem Hintergrund der in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen gesammelten Erfahrungen viele sachbezogene Fragen zu den Auswirkungen einer Einkreisung auf die städtische Aufgabenerfüllung gestellt. Der als Sachverständige vorgestellte Professor Franzke (Universität Potsdam) machte darauf aufmerksam, dass es bislang noch keine Evaluierung der Wirkungen der Kreisgebietsreform in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt gebe. Es sei noch zu kurz, dass die mit derartig komplexen Reformen angestrebten Ziele auch eintreten könnten.

Der Minister des Innern versuchte die Befürchtungen der Bürger zu zerstreuen. Durch eine Einkreisung werde eine Stadt nicht enteignet. Sie behalte das Stadtrecht und könne auch weiterhin einen eigenen Haushalt aufstellen. Auch kreisangehörige Städte könnten eigenen ÖPNV, weiterführende Schulen oder die Trägerschaft von Krankenhäusern als freiwillige Aufgaben vorhalten. Auch könnte weiterhin über die Höhe der Straßenbaubeiträge entschieden werden. Prägend für die Städte seien ihre freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, nicht aber nach seiner Meinung die Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Die meisten Aufgaben, die von der Stadt auf die Kreise übergingen, seien keine Selbstverwaltungsaufgabe und daher auch für die Bevölkerung und die städtische Entwicklung wenig relevant. Im Auditorium stießen diese Ausführungen auf Skepsis.

Diskussion über Kreisumlagen

Auf die Kreisumlageproblematik ging der Minister mit dem Hinweis ein, dass Landräte gut beraten sein, sich mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden über die Höhe der Kreisumlage zu verständigen. Ein Landkreis beteilige sich auch beispielsweise an den Kosten einer städtischen Musikschule oder eines städtischen Theaters.

Fehlender Dialogcharakter bemängelt

Aus dem Publikum heraus wurde vielfach ein mangelnder Dialogcharakter der Veranstaltung bemängelt. Dies brachten etwa drei Viertel der Teilnehmer mit einer Stehprobe zum Ausdruck. Immer wieder gab es auch Pfiffe und kritische Wortmeldungen. Bemerkenswert ist, dass sich in der Stadt Brandenburg an der Havel alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien für den Erhalt der Kreisfreiheit ausgesprochen haben. Dies brachten die Fraktionen auch in Wortbeiträgen zum Ausdruck.

Dr. Tiemann durfte sprechen

Kurzfristig hatte die Landesregierung der Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel das Recht eingeräumt, in einem etwa fünfminütigen zusammenhängenden Beitrag die Position ihrer Stadt darzustellen. Sie war auch eine von vier Teilnehmern einer Podiumsrunde. Tiemann wies darauf hin, dass die Stadt in den letzten Jahren in erheblichem Umfang Verschuldung abgebaut habe und im nächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen werde.

Sie stellte zum Ende der Veranstaltung fest, die Landesregierung habe bislang nicht belegen könne, dass Probleme der Stadt durch eine Einkreisung gelöst werden könnten. Auch sei nicht ersichtlich, wie durch die Einkreisung die Stadt als Oberzentrum gestärkt werde. Vielmehr würden ihr Entscheidungsrechte in wichtigen Handlungsfeldern genommen.

Insgesamt blieb u.a. auch offen, aus welchen fachlichen Gründen die gewählten Regeleinwohnerzahlen notwendig seien und warum eine Übernahme eines Teiles der Altschulden der kreisfreien Städte mit einer Einkreisung verknüpft werden müsse. Der Minister des Innern meinte, für die Qualität der Arbeitsergebnisse seien die großen Einwohnerrichtwerte erforderlich. Den Beschäftigten seien auch so bessere Entwicklungschancen geboten. Dem widersprachen Vertreter der Beschäftigten. Nach Auffassung des Ministers setze auch die angestrebte Funktionalreform größere Landkreise voraus. Die Oberbürgermeisterin meinte, die Aufgaben könnten auch in der bisherigen Struktur übernommen werden.

Auditorium bestätigt Dr. Tiemann

Gemessen am Schlussapplaus konnte sich Oberbürgermeisterin Dr. Tiemann bestätigt sehen, während die Vertreter der Landesregierung die skeptische Resonanz auch am spärlichen Beifall ablesen konnten.

Grußwort einer Nachbarstadt auf Bürgerfest

Vor der Informationsveranstaltung der Landesregierung hatte die Stadt Brandenburg an der Havel vor dem historischen Rathaus ein großes Bürgerfest organisiert, an dem viele hundert Menschen teilnahmen. Bemerkenswert ist, dass die Bürgermeisterin der Stadt Bad Belzig den Teilnehmern ein Grußwort überbrachte und ihnen viel Erfolg bei der Sicherung der Kreisfreiheit der Stadt Brandenburg wünschte. Die Städte Cottbus und Frankfurt (Oder) waren durch eigene Delegationen vertreten. Aus Frankfurt war die Verwaltungsspitze unter Führung des Oberbürgermeisters angereist.

Erwähnenswert ist auch, dass zu Beginn der Veranstaltung durch Stehproben die Herkunft und beruflicher Hintergrund der Besucher ermittelt wurde.

Zum Abschluss lud die Moderatorin das Auditorium ein, sich an dem Dialogprozess auch auf der einen oder anderen folgenden Veranstaltung weiter zu beteiligen. Eine Zwischenauswertung werde für die jeweiligen Gebiete der Regionalen Planungsgemeinschaften erfolgen. Den Abschluss soll ein großer Kongress bilden.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Gordes